



Niederschrift

43. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

Sitzungstermin:	Donnerstag, 29.11.2012
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:35 Uhr
Ort, Raum:	Raum 107, Hegelallee , Haus 9

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg DIE LINKE
Herr Till Meyer SPD ab 18:10 Uhr
Frau Birgit Morgenroth SPD
Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU
Frau Dr. Brigitte Lotz Bündnis 90/Die Grünen
Herr Peter Schultheiß Potsdamer Demokraten

sachkundige Einwohner

Frau Bettina Klusemann SPD
Herr Ralf Matura CDU
Herr Dr. Helmut Przybilski SPD
Frau Elisabeth Schöneich Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Annett Ullrich FDP bis 19:45 Uhr
Frau Kerstin Walter DIE LINKE

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Hannes Püschel Die Andere nicht anwesend

sachkundige Einwohner

Herr Benjamin Bauer Die Andere nicht anwesend
Frau Carla Villwock DIE LINKE nicht anwesend

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Bettina Schmidt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.10.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Ehrung von Otto Wiesner
(Vorstellung des Gutachtens zur Person Otto Wiesner (1920 - 2006))
Vorlage: 10/SVV/0618
Fraktion DIE LINKE, Gruppe Die Andere
- 3.1 Ehrung von Otto Wiesner
Vorlage: 12/SVV/0831
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Gründung einer Stiftung bürgerlichen Rechts für die Gedenkstätte Lindenstraße
Vorlage: 12/SVV/0753
Oberbürgermeister
- 4.1.1 Museum Lindenstraße 54/55
Vorlage: 11/SVV/0623
Fraktion BürgerBündnis
- 4.1.2 Potsdam Museum Lindenstraße 54
Vorlage: 11/SVV/0861
Fraktion DIE LINKE
- 4.2 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014
Vorlage: 12/SVV/0732
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.3 Kunsthalle
Vorlage: 12/SVV/0653
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.4 Helmut-Just-Straße umbenennen
Vorlage: 12/SVV/0604
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auch OBR
- 5 Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch
geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur
Vorlage: 12/SVV/0607
Fraktion FDP
- 6 Ganzjährige Förderung der Einrichtungen 2013

- Anlage wird nachgereicht
- 7 Forum Chorsinfonik
Benennung eines Vertreters/ einer Vertreterin aus dem Kulturausschuss
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Jugendkulturfonds

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.10.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit von anfangs 6, später 7 stimmberechtigter Mitglieder fest. Damit ist das Gremium beschlussfähig.

Das Protokoll der Sitzung vom 18.10.2012 wird ohne Änderung mit 6 Zustimmungen einstimmig angenommen.

Frau Dr. Schröter stellt Frau Dr. Anett Ullrich als neue sachkundige Einwohnerin im Kulturausschuss vor. Sie nimmt den Platz von Frau Engel-Fürstberger ein.

Herr Schultheiß bemängelt, dass bei Ihm in der Niederschrift die falsche Fraktion aufgeführt ist. Er gehört nicht zur CDU, sondern zu den Potsdamer Demokraten. Er möchte gerne erfahren, ob Herr Hannes Püschel ein festes Ausschussmitglied ist oder ein sachkundiger Einwohner.

Des Weiteren informiert Frau Dr. Schröter darüber, dass Frau Dr. Seemann heute in Vertretung von Frau Dr. Magdowski anwesend ist.

Frau Dr. Schröter nimmt bezüglich der Tagesordnung 2 Korrekturen vor. Der TOP 3 „Ehrung Otto Wiesner“ (Vorstellung des Gutachtens zur Person Otto Wiesner) und der TOP 3.1 „Ehrung von Otto Wiesner“ (Mitteilungsvorlage) soll auf Bitten der einreichenden Fraktion Die Andere und Die Linke verschoben werden. Auch der TOP 4.4 „Helmut-Just-Straße umbenennen“ soll vertagt werden, da der Ortsbeirat Groß Glienicke sich dazu noch nicht abschließend verständigt hat. Es wird vorgeschlagen, die TOP`s 4.1, 4.1.1 und 4.1.2 gemeinsam zu behandeln, jedoch einzeln abzustimmen.

Den Korrekturen und Vorschlägen wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

- zu 3 Ehrung von Otto Wiesner
(Vorstellung des Gutachtens zur Person Otto Wiesner (1920 - 2006))
Vorlage: 10/SVV/0618
Fraktion DIE LINKE, Gruppe Die Andere**

Die Vorlage wird auf die Dezembersitzung vertagt.

- zu 3.1 Ehrung von Otto Wiesner
Vorlage: 12/SVV/0831
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum**

Die Vorlage wird auf die Dezembersitzung vertagt.

- zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- zu 4.1 Gründung einer Stiftung bürgerlichen Rechts für die Gedenkstätte
Lindenstraße
Vorlage: 12/SVV/0753
Oberbürgermeister**

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die Thematik bereits mehrfach diskutiert und intensiv behandelt wurde.

Herr Jetschmanegg macht auch deutlich, dass Herr Graf Strachwitz nicht noch einmal auf das Stiftungsmodell als solches eingehen wird. Hintergrund des Stiftungsmodells ist, die Gedenkstätte Lindenstraße sowie personell als auch finanziell neu aufzustellen. Die Landesregierung hat ihre Bereitschaft zu mehr Engagement bezüglich der Gedenkstätte bekundet. Dementsprechend ist auch die Trägerform danach auszulegen. Ein Konzept zum Stiftungsmodell wurde bereits vorgelegt. Herr Jetschmanegg bittet im Rahmen der Kulturausschusssitzung um eine Grundsatzentscheidung, ob eine Stiftung als neue Trägerform gewählt werden soll oder nicht. Er selbst spricht sich für eine Stiftung aus. Eine Satzung wird im weiteren Verlauf erarbeitet und später dem Kulturausschuss vorgelegt.

Herr Schultheiß bringt zum Ausdruck, dass im Kulturausschuss über das Stiftungsmodell bereits eine Einigung besteht und dies befürwortet wird. Er fragt,

wie die Zusammensetzung der Organe im Rahmen der Stiftung, wie der Beirat oder der Stiftungsrat, erfolgen wird.

Frau Schöneich bestätigt die Aussage von Herrn Schultheiß und möchte gerne erfahren, wie der zeitliche Ablauf zur Gründung der Stiftung vorgesehen ist.

Frau Morgenroth findet die Trennung des Potsdam Museum und der Gedenkstätte sinnvoll und tritt für die Gründung einer Stiftung ein. Sie bittet um Informationen zum Zeitrahmen und fragt, ob bzgl. des Beirats Regelungen im Rahmen der Satzung festgehalten werden.

Herr Dünn spricht sich ebenfalls für die Gründung einer Stiftung aus. Er ist der Ansicht, dass der Kulturausschuss die nächsten Schritte zur Gründung fordern sollte. Es muss auch die Frage geklärt werden, in welchen anderen Gremien die Thematik sekundiert werden soll. Er ist dafür, dass der Prozess durch die Ausschussmitglieder unterstützt und begleitet wird.

Herr Dr. Scharfenberg bringt zum Ausdruck, dass er und seine Fraktion DIE LINKE die Trennung des Potsdam Museums und der Gedenkstätte bedauern.

Herr Dr. Strachwitz gibt erste Überlegungen zur Zusammensetzung der Organe/ Gremien der zu gründenden Stiftung bekannt. Gewünscht ist die Integrierung von Vertretern des Landes und der Stadt. Der Stiftungsrat soll aus 5 Personen bestehen. Davon sollen jeweils 2 von der Landeshauptstadt Potsdam und vom Land entsandt werden. Das 5. Mitglied, soll ein unabhängiges Mitglied sein und wird durch die 4 Vertreter gewählt. Der Vorstand soll aus 2 Personen bestehen. Eine der Personen soll die Leitung übernehmen. Der Beirat dient als beratendes Gremium und wird durch den Stiftungsrat berufen. Es soll sich aus Experten oder auch Betroffenen zusammensetzen.

Herr Jetschmanegg informiert darüber, dass ein Zeitprozess erst noch diskutiert werden muss. Dabei wird der Zeitplan vom Kulturausschuss berücksichtigt.

Frau Dr. Schröter fragt nach der Leitung der Stiftung.

Sobald die StVV und das Land ihre Zustimmung erteilt haben erfolgt eine Ausschreibung für die Leitung. Dies wird nach Aussage von Herrn Jetschmanegg voraussichtlich noch ein halbes Jahr Zeit in Anspruch nehmen. Die Stiftung soll die Leitung bestellen und nicht die Stadt.

Herr Dr. Strachwitz informiert darüber, dass das Ministerium die Berufung der Stiftungsratsmitglieder in einer Satzung verankern möchte. Die Stadt sollte auch daran denken, sich eine Ordnung zu geben, die sie jederzeit ändern kann.

Frau Klusemann spricht sich ebenfalls für die Trennung des Potsdam Museum und die Gedenkstätte aus. Das Museum hat eine andere Funktion als die Gedenkstätte, eher wissenschaftlich und nicht politisch.

Frau Dr. Lotz wünscht eine regelmäßige Berichterstattung zum Stand der Stiftungsgründung.

Herr Dr. Przybilski fordert vorab einen Entwurf der Satzung und regelmäßige Zwischenberichte.

Herr Dr. Strachwitz stimmt dem zu.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam gründet eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie soll den Namen „Gedenkstätte Lindenstraße“ tragen. Die Stiftung soll der Förderung des Andenkens an Verfolgte, der Förderung der Erziehung und Volksbildung und der Förderung von Wissenschaft und Forschung dienen. Die Stiftung soll auch der Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege dienen, soweit sich dies auf stiftungseigene Baudenkmale bezieht.

Als Stiftungsvermögen soll das Gebäude Lindenstraße 54/55 in Potsdam sowie eine Einmalzahlung in bar eingebracht werden. Die Landesregierung Brandenburg soll in den Gremien der Stiftung paritätisch vertreten sein, solange sie die Hälfte der Kosten der Stiftung trägt. Der jährliche Gesamtetat zum Betrieb der Stiftung wird ca. 600.000 € betragen.

Die beiliegende Konzeption soll dem Arbeitsauftrag der Stiftung zugrunde gelegt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Satzung für die Stiftung zu erarbeiten, mit den Aufsichtsbehörden abzustimmen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	2

Die Beschlussvorlage wird angenommen.

zu 4.1.1 Museum Lindenstraße 54/55
Vorlage: 11/SVV/0623
Fraktion BürgerBündnis

s. TOP 4.1

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah dafür Sorge zu tragen dass das Museum Lindenstraße 54/55 eine eigenverantwortliche Trägerschaft mit ausreichend Personal erhält.

Ein Bericht ist in der Stadtverordnetenversammlung im November 2011 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	7
Stimmhaltung:	0

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 4.1.2 Potsdam Museum Lindenstraße 54

Vorlage: 11/SVV/0861

Fraktion DIE LINKE

s. TOP 4.1

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die künftige finanzielle und personelle Aufwertung der Gedenkstätte Lindenstraße 54 so auszugestalten, dass die Lindenstraße 54 eingeordnet in die Stadtgeschichte ein immanenter Bestandteil des Potsdam Museums bleibt, um damit weiterhin ein gesamtheitliches Herangehen an die inhaltliche museale Ausstellungs- und Forschungsarbeit zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 4.2 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014

Vorlage: 12/SVV/0732

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Dr. Schröter weist darauf hin, dass nur das, was die Kultur betrifft, behandelt wird.

Frau Dr. Seemann erläutert im Rahmen des 17-Punkte-Pakets, dass die Konsequenzen in Bezug auf die Selbstbindung freiwilliger Leistungen auf dem Niveau 2012 dargestellt werden. Die freiwilligen Leistungen werden überwiegend durch den Bereich Kultur abgedeckt.

Frau Kreuzer fügt hinzu, dass das Ziel des 17-Punkte-Pakets der Haushaltsausgleich sowie Überschusserwirtschaftung ist.

Herr Schultheiß erinnert an die von der SPD eingereichte Vorlage, in der die Geschäftsbereiche prüfen sollten ob das Festschreiben der freiwilligen Leistungen auf den Stand 2012 möglich ist. Was ist daraus geworden? Besteht keine Möglichkeit der Beschränkung auf das Niveau von 2012?

Frau Dr. Seemann erinnert daran, dass der Selbstbindungsbeschluss als Teil des 17-Punkte-Pakets ausgereicht wurde. Ein Einfrieren der Gelder auf dem Niveau von 2012 hätte laut Bericht zum 17-Punkte-Plan zur Folge, dass der Standard kultureller Angebote unter diesen Voraussetzungen nicht beibehalten werden kann.

Frau Dr. Schröter vertritt die Meinung, dass ein Einfrieren der Förderbeiträge im

kulturellen Bereich nicht anwendbar ist. Im Gegenteil, die Kultur bräuchte sogar mehr finanzielle Mittel.

Laut Aussage von Herrn Dr. Scharfenberg zeigt das Ergebnis, dass der Selbstbindungsbeschluss die Kultur betrifft. Er hofft, dass sich keiner dem anschließt, denn das wäre für die Kultur schädlich. Seiner Ansicht nach, ist es realistisch bis 2015 Überschüsse auch ohne Kürzungen zu erwirtschaften.

Frau Morgenroth findet die Darstellung im Prüfbericht gut und transparent. Würde jedoch eine Deckelung auf dem Niveau von 2012 vorgenommen werden, könnte die Hälfte der Einrichtungen schließen. Im Namen ihrer Fraktion SPD spricht sie sich gegen eine Festsetzung der Fördermittel auf dem Niveau von 2012 aus.

Frau Schöneich weist auf die Problematik hin, dass im Rahmen der Fördersummen auch Fix- und Sachkosten inkludiert sind. Bereits seit mehreren Jahren sind die Personalkosten bei vielen Einrichtungen konstant geblieben. Diese Entwicklung kann man nicht verantworten. Personalkosten gehören nicht zu den freiwilligen Aufgaben sondern zu den verpflichtenden Leistungen. Eine Deckelung wäre nach Aussage von Herrn Schultheiß dahingehend gar nicht möglich.

Frau Walter stimmt dem zu und weist auf evtl. folgende Lohneinbußen oder sogar Entlassung hin.

Frau Dr. Ullrich verweist auf die zu erzielenden Erlöse. Viele Veranstaltungen seien nicht ausverkauft. Bei vielen Einrichtungen ist noch weitaus mehr Potential möglich. Es ist Aufgabe der Einrichtungen sich darüber Gedanken zu machen.

Frau Dr. Schröter macht deutlich, dass man das differenziert betrachten muss.

Nach Aussage von Frau Dr. Seemann ist die Forderung nach Erlössteigerungen nicht über einen Kamm zu scheren. Hier muss eine differenzierte Betrachtung erfolgen. Die Erlöse sind auch abhängig vom angebotenen Programm. Das HOT zum Beispiel bietet ein dezidiertes Kinder- und Jugendprogramm an. Daher besteht hier zum Beispiel diesbezüglich weniger Einnahmepotential als bei Angeboten für Erwachsene.

Der Kulturausschuss nimmt folgende Empfehlung vor:
Das Einfrieren freiwilliger Aufgaben im Bereich Kultur auf dem Niveau 2012 wird abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Grundlagen für die detaillierte Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2013/2014 sind:
 - die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung, die mit dem Haushaltsplan 2012 für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 vorgegeben wurden
 - der aktualisierte und an den Orientierungsdaten des Landes Brandenburg vom September 2012 ausgerichtete Bericht zu den finanziellen Rahmenbedingungen für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Anlage 1) und

- die aus der mittelfristigen Ergebnisplanung abgeleiteten Geschäftsbereichsbudgets für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Anlage 2)
- die von den Geschäftsbereichen definierten Handlungsschwerpunkte für das Jahr 2013 (Anlage 3).

Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung des Haushaltes 2012 für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesene Fehlbedarf in Höhe von insgesamt 11,3 Mio. € soll nicht überschritten werden.

Der für 2014 ausgewiesene Fehlbedarf in Höhe von insgesamt 9,8 Mio. € soll zumindest halbiert werden.

2. Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 bis 2015 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung ab 2013. In Anbetracht der ab 2013 erheblich sinkenden investiven Schlüsselzuweisungen (voraussichtliche Gesamtsumme an Mindereinzahlungen im Planungszeitraum 2013 – 2015 = 14,0 Mio. €) ist das Investitionsprogramm dahingehend zu überarbeiten, dass die fehlenden Einzahlungen durch Maßnahmenstreckungen, -verschiebungen, aber auch durch Maßnahmenverzicht kompensiert werden. Das Kompensationsgebot gilt im Übrigen auch für die Veranschlagung neuer unabweisbarer Maßnahmen. Zur Absicherung der Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde in der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2013 eine **Kreditaufnahme in Höhe von 1.700.000 €** veranschlagt. Dieser Betrag soll im Rahmen der Erstellung des Finanzplanentwurfes für 2013 nicht überschritten werden.
3. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.
4. Etwaige Veränderungen bei **nichtzahlungswirksamen** Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
5. Die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen der Haushaltssicherung wird weiter intensiviert. Folgende Zielsetzungen werden im Sinne eines investitionsorientierten Haushaltes verfolgt:

Neben der unabdingbaren Einhaltung der Eckwertvorgaben für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 sind

- für das Haushaltsjahr 2015 der Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt anzustreben und
- für das Haushaltsjahr 2016 ein zahlungswirksamer Überschuss anzustreben.

Grundlage für die Intensivierung der Arbeit an der nachhaltigen Haushaltssicherung bildet der Verwaltungsbericht zum 17-Punkte-Paket (Anlage 4). Hierin sind unterschiedliche Handlungsansätze dargestellt, deren Realisierung jeweils einer Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung unterliegt.

Der Kulturausschuss nimmt den Beschlussvorschlag mit folgender

Empfehlung zur Kenntnis: „Das Einfrieren freiwilliger Aufgaben im Bereich Kultur auf dem Niveau 2012 wird abgelehnt.“

Die Empfehlung wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

Die Empfehlung wird angenommen.

zu 4.3

Kunsthalle

Vorlage: 12/SVV/0653

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Lotz vertritt den von ihrer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereichten Antrag zur Prüfung eines geeigneten Grundstückes im Bereich der Potsdamer Mitte für eine zu errichtende Kunsthalle. Eine Kunsthalle ist nach wie vor für die Landeshauptstadt Potsdam von großer Wichtigkeit, da die Stadt viel Kunst hat, welche den Bürgern zur Besichtigung bereitgestellt werden muss.

Frau Walter findet die Errichtung einer Kunsthalle weiterhin unterstützungswert. Sie sieht allerdings ein Problem darin ein geeignetes Grundstück zu finden, nicht zuletzt da die Stadt immer mehr Grundstücke veräußert, auf denen im Nachhinein Wohnhäuser oder auch Parkplätze entstehen. Als mögliche Option schlägt sie die Schinkelhalle vor.

Frau Schöneich unterstützt ebenfalls die Errichtung einer Kunsthalle und macht deutlich, dass Potsdam die einzige Landeshauptstadt ohne Kunsthalle ist. Sie ist für eine Kunsthalle in zentraler Lage, um Künstlern die Möglichkeit zu geben ihre Kunst zu präsentieren.

Frau Klusemann bringt an, dass eine Kunsthalle bei den Bürgern sehr gefragt sein, insbesondere im Bereich der DDR-Kunst. Nach ihrer Meinung ist die Schinkelhalle für die Ausstellung von Kunstgegenständen jedoch zu dunkel und eher nicht geeignet. Dennoch sollte die Idee zur Errichtung einer Kunsthalle weiterhin unterstützt werden.

Herr Dr. Scharfenberg findet solch einen Beschluss als nicht realistisch, da für die Finanzierung und Unterhaltung keine Gelder zur Verfügung stehen. Daher schlägt er vor, eventuell bestehende Stadtkunst in der zukünftigen Kunsthalle von Hasso Plattner zu integrieren.

Herr Dünn empfindet dieses Vorhaben als großes Projekt für den Haushalt. Er schlägt als möglichen Standort das Hotel Mercure vor. Jedoch sollte sich zunächst um die Weiße Flotte gekümmert werden.

Frau Morgenroth bemängelt den Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg, da die Stadt keinen Einfluss auf die Kunstgegenstände hat, wenn die Ausstellung bei einem privaten Sammler erfolgt. Dennoch sieht sie eine Kooperation mit Hasso

Plattner als realistischer an als im Vergleich dazu die Finanzierung und Unterhaltung eines eigenen Grundstücks.

Herr Schultheiß macht deutlich, dass er diesem Antrag nicht zustimmen würde.

Herr Matura findet, die Möglichkeit der Finanzierbarkeit einer Kunsthalle ist zu dem jetzigen Antrag nicht relevant.

Frau Engelbrecht informiert die Mitglieder des Kulturausschusses darüber, dass der Finanzausschuss und der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen den Antrag auf Grund fehlender Investitionsperspektiven abgelehnt haben. Aus der Sicht der Verwaltung weist das Grundstück vom Hotel Mercure die besten Voraussetzungen auf. Es liegt zentral und die Verbindungen zu anderen touristisch relevanten Einrichtungen ist gegeben. Sie weist darauf hin, dass bei Beschlussfassung der Antrag in Bezug auf die Vorlage der Ergebnisse bei der StVV von Januar auf März 2013 geändert werden soll.

Frau Klusemann schlägt den Lustgarten als möglichen Standort vor, da die derzeitige Betonfläche ihrer Meinung nach das Gesamtbild entstellt.

Frau Engelbrecht erwidert, dass die Fläche des Lustgartens nicht Bestandteil der Prüfung ist. Laut B-Plan dient der Lustgarten als zentraler Stadtplatz für zum Beispiel Jahrmärkte und steht als Baufläche nicht zur Verfügung.

Herr Dr. Przybilski macht deutlich, dass es sich bei dem Antrag nicht um 4.000 qm Grundstücksfläche handelt, sondern um 4.000 qm Ausstellungsfläche. Das bedeutet, dass Grundstück für die Kunsthalle muss nicht so groß sein.

Frau Schöneich ist dafür dem Antrag zuzustimmen und äußert ihr Bedauern darüber, dass der Kulturausschuss es noch nicht geschafft hat die Errichtung einer Kunsthalle in die Wege zu leiten.

Herr Meyer ist ebenfalls für eine Kunsthalle. Er findet es muss mehr dafür gemacht werden. Dennoch will er sich bei der Abstimmung enthalten. Auch Herr Dünn äußert, dass es sich diesbezüglich enthalten möchte. Es sind auch andere Angelegenheiten in der Landeshauptstadt Potsdam wichtig, wie zum Beispiel ein Tierheim oder die Weiße Flotte. Seine Fraktion CDU/ANW möchte sich dem Antrag enthalten.

Herr Matura bringt den Vorschlag ein, die Verwaltung bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück evtl. zu unterstützen. Ihm würde dazu die AG Gegenwartskunst einfallen. Man könnte eine Kunsthalle ja auch unterirdisch errichten.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt Errichtung und Betrieb einer Kunsthalle in ihre Entwicklungsperspektive auf. Auf einer Fläche von ca. 4.000 m² soll eine ständige Ausstellung zur Kunst des 20. Jahrhunderts in ihren unterschiedlichen Facetten der klassischen Moderne bis zu unterschiedlichen Kunstströmungen in der DDR sowie Raum für Wechselausstellungen auch der Gegenwartskunst entstehen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Grundstücke der Stadt bzw. der städtischen Gesellschaften bevorzugt im Bereich der Potsdamer Mitte auf ihre Eignung hin zu prüfen und das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2013 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 4

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 4.4 Helmut-Just-Straße umbenennen

Vorlage: 12/SVV/0604

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auch OBR

Die Vorlage wurde vertagt.

zu 5 Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur

Vorlage: 12/SVV/0607

Fraktion FDP

Der Antrag wurde zurückgezogen.

zu 6 Ganzjährige Förderung der Einrichtungen 2013

Anlage wird nachgereicht

Frau Dr. Seemann macht deutlich, dass es sich hierbei um institutionelle Förderungen handelt vorbehaltlich der Beschlüsse zum Haushalt. Die Zuwendungssumme 2013 bei fabrik e.V. weist eine andere Förderung als im Jahr 2012 aus. Begründet wird dies auf Grund der noch nicht feststehenden Förderung für „Stadt für eine Nacht“. Die Fördersumme richtet sich letztendlich nach dem Programm. Nichtsdestotrotz wird davon ausgegangen, dass die notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt werden. In Bezug auf das Theaterschiff werden 30.000,00 € für den Erhalt des Standortes „Alte Fahrt“ bereitgestellt. Die Deckung der Summe wird durch Mittel aus der Projektförderung gewährleistet. Voraussetzung dafür ist, dass der Diskobetrieb eingestellt wird. Hinsichtlich des Lepsius-Haus fand eine budgetneutrale Umschichtung statt.

Weiterhin informiert Frau Dr. Seemann über die bereits eingegangenen Anträge. Das T-Werk hat einen Bedarf von 308.000,00 € angemeldet inklusive „Unidram“

und „stadt für eine Nacht“. Das Theater Poetenpack e.V. einen Bedarf von 31.000,00 € und somit 6.000,00 € mehr als im Vorjahr. Der Kunstverein KunstHaus Potsdam e.V. beantragt insgesamt 40.000,00 € und somit 20.000,00 € mehr als im Vorjahr. Auch das Kammerorchester hat erstmalig eine institutionelle Förderung beantragt in Höhe von 30.000,00 €.

Herr Dr. Seidel, Vorsitzender des Trägervereins Kammerorchester, informiert über die Arbeit des Kammerorchesters. Das Kammerorchester hat für das Folgejahr eine institutionelle Förderung beantragt. Bis dato wurden Projektförderungen in Höhe von etwa 2.000,00 € bis 10.000,00 € gewährt. Er macht deutlich, dass sich eine Planung schwierig gestaltet, wenn man nicht weiß ob und wie viel Förderung man erhält. Der jahrelange Erhalt des Kammerorchesters baut schließlich auf zahlreiche ehrenamtliche Engagements und ist nicht zuletzt dem Enthusiasmus der Spieler zu verdanken. Ziel ist es, durch die institutionelle Förderung das Kammerorchester finanziell besser auszugestalten. Die institutionelle Förderung würde ausschließlich für den Konzertzyklus eingesetzt werden und würde bis zu 72% auf die Künstlerhonorare entfallen.

Frau Dr. Schröter macht deutlich, dass der Kulturausschuss nicht in der Situation ist dazu einen Beschluss zu fassen, da der Haushalt nicht in Gänze bekannt ist.

Frau Schöneich fragt nach, ob eine institutionelle Förderung nicht eine Projektförderung ausschließt?

Frau Dr. Seemann bestätigt dies. Es wird nach wie vor so innerhalb der Jury gehandhabt. Allerdings weist Frau Dr. Seemann aber darauf hin, dass Ausnahmen/ Abweichungen möglich sind.

Herr Dr. Scharfenberg äußert sich dahingehend, dass das lange Bestehen des Kammerorchesters ein gutes Zeichen für die institutionelle Förderung ist.

Frau Morgenroth pflichtet Herrn Dr. Scharfenberg in seiner Aussage bei. Des Weiteren unterstützt sie die Bereitstellung von 30.000,00 € in Bezug auf den Standorterhalt des Theaterschiffs. Außerdem möchte sie in Erfahrung bringen, warum der Kunstverein KunstHaus Potsdam e.V. und das Theater Poetenpack e.V. mehr Fördergelder beantragt haben. Auch die Mieterhöhung des Trägervereins Charlottenstraße 31 möchte sie begründet haben.

Frau Dr. Seemann erwidert, dass eine Rückübertragung vom Treuhandvermögen an die Landeshauptstadt Potsdam erfolgt ist und deshalb eine andere Miete zu Grunde gelegt werden muss. In Bezug auf die beantragten Mehrbedarfe schlägt sie vor, den Einrichtungen Theater Poetenpack e.V. und den Kunstverein KunstHaus Potsdam e.V. in der Dezembersitzung die Möglichkeit zu geben ihren Mehrbedarf selbst zu erläutern.

Frau Morgenroth schlägt vor in den kommenden Sitzungen wieder öfter in den Räumlichkeiten der Einrichtungen zu tagen, um die Einrichtungen, die gefördert werden besser kennenzulernen.

Des Weiteren bittet Frau Morgenroth um Prüfung der institutionellen Förderung durch die Verwaltung.

Der Kulturausschuss nimmt die eingereichte Liste zur Förderung kultureller Einrichtungen und die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis. In der Dezembersitzung wünscht der Kulturausschuss, dass sich das Theater

Poetenpack e.V. und der Kunstverein KunstHaus Potsdam e.V. vorstellen und ihren Mehrbedarf für das Jahr 2013 erläutern.

zu 7

Forum Chorsinfonik Benennung eines Vertreters/ einer Vertreterin aus dem Kulturausschuss

Frau Dr. Seemann präsentiert die Ausschreibung für die chorsinfonische Förderung. Durch die öffentliche Ausschreibung wird der Kritik an fehlender Transparenz begegnet. Des Weiteren erklärt Frau Dr. Seemann, dass laut Statut des Forum Chorsinfonik der Landeshauptstadt Potsdam ein Vertreter des Kulturausschusses benannt werden muss. Aufgabe des Vertreters wird es unter anderem sein jährlich an etwa 4-5 Sitzungen teilzunehmen, Abstimmungen mit zu begleiten und bei der jährlichen Termingestaltung mitzuwirken. Nähere Informationen zur Arbeit des Forums werden in der nächsten Sitzung erfolgen, wenn sich das Forum vorstellt.

Frau Schöneich macht deutlich, dass sie die Zusammensetzung des Gremium nicht optimal findet, da auch jeder Chor in Potsdam seine Bereitschaft zur regelmäßigen Mitarbeit im Forum erklären und sich als Forumsmitglied bewerben kann.

Herr Schultheiß fragt nach, wie es zu den Zahlenfestlegungen in Bezug auf die Größe der antragstellenden Bewerberchöre kommt.

Frau Dr. Seemann erläutert, dass die Größe der Chöre durch das Forum selbst bestimmt wurde unter Leitung von Frau Sander. Eine Erläuterung der Unklarheiten soll in der nächsten Kulturausschusssitzung durch Mitglieder des Forums erfolgen.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt als Vertreterin des Kulturausschusses Frau Klusemann vor, da sie auf Grund ihrer Objektivität und Sensibilität dafür sehr geeignet sei. Frau Klusemann wiederum fühlt sich nicht ausreichend im Chorgeschehen involviert, sodass sie die Wahl ablehnen würde.

Herr Dr. Przybilski würde die Aufgabe gerne wahrnehmen und die Vorgehensweise im Forum beobachten. Er selbst kennt sich im Bereich der Chöre gut aus.

Frau Dr. Schröter stellt die Wahl von Herrn Dr. Przybilski als Vertreter in das Forum Chorsinfonik zur Abstimmung.

Der Kulturausschuss stimmt einheitlich für Herrn Dr. Przybilski ab.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 8

Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Jugendkulturfonds

Frau Dr. Seemann informiert darüber, dass 10.000,00 € aus dem Budget der Projektförderung für die Förderung von Jugendprojekten genommen wird. Eine Zustimmung der Vorsitzenden der Fachjury für Projektförderungen, Frau Dr. Köstering, liegt dazu vor.

Frau Dr. Lotz fragt nach, ob es auch eine Rückmeldung über die Verwendungen der Fördermittel gibt. Dies wird von Frau Dr. Seemann bejaht.

Herr Schultheiß wünscht eine Aufstellung der bereits geförderten Jugendprojekte.

Der Kulturausschuss nimmt den Tagesordnungspunkt zur Kenntnis.

Sonstiges

Frau Dr. Schröter informiert darüber, dass die Kunstschule Potsdam am 7.12.2012 zur Ausstellung Dada-Zinnober-Malerei/Collagen/Skulptur/Objekt einlädt.